

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 118 (1992)
Heft: 13

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bekenntnisse

Ursula Mauch, SP-Bundesratskandidatin aus Oberlunkhofen im Kanton Aargau (Wie lange will Stich denn wirklich noch ausharren?), gab Bekenntnisse von sich: «Was ist eigentlich los, werde ich alt?» (Das kann Lisette wirklich nicht wissen.) «Ich fühle mich bedroht.» (Was? Von Bundesrat Stich?) «Hilfe kommt in Sicht.» (Von wem naht Rettung? Von Peter Bodenmann ja kaum, der ist weit weg im Wallis.) Alles falsch, Ursula sieht Hilfe vom Bundesrat: «Da flattert mir eine Botschaft auf den Tisch.» Welch beglückendes Erlebnis für jedes Ratsmitglied, gewiss. (Aus einem Artikel im SP-Pressedienst vom 10. März 1992 über Luftprobleme und F/A 18)

Loeb, der Abschaffer

François Loeb, Warenhausinhaber und FDP-Nationalrat, hat eine tolle Idee: Alle Gesetze des Bundes, gegen die in den letzten 20 Jahren keine Änderungswünsche vorgebracht wurden, sollten geprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Seine Motion trägt den Bandwurm-Titel «Gesetzes-Abschaffungs-Delegation». Eine hervorragende



de Massnahme im Sinne von weniger Staat! Man stelle sich das vor: All jene Erlasse, die völlig problemlos vollzogen werden oder die wirklich niemanden mehr stören (sonst würden sie ja abgeändert!), all jene Gesetzeswerke sollten aufgestöbert (von wem? Personalstopp!), aufgelistet, beurteilt und mit einem Antrag versehen in einer dicken Botschaft ans Parlament weitergereicht werden. Lisette kann sich diesen Leerlauf kaum vorstellen. Vermutlich hat Herr Loeb diesen Vorstoss aus seiner Berufspraxis entlehnt. Im Warenhaus wird ja wohl auch bei allen Produkten, die problemlos verkauft werden, immer wieder geprüft, ob man sie noch führen soll.

Slowman Bodenmann

Der militärkritische SP-Parteipräsident Peter Bodenmann — er enthielt sich seinerzeit im Parlament zur GSoA-Initiative der Stimme — ist aus dem Takt gefallen. Noch bevor er nach dem Luftzwischenfall Tiger/Airbus den Rücktritt von Korpskomman-

dant Werner Jung lauthals fordern konnte, hatte dieser bereits den Hut genommen. Und noch bevor Bodenmann im Pressedienst verlautbarte, er wünsche sich eine PUK-ähnliche Kommission zur Untersuchung der Vorfälle, hat das EMD bereits eine Pressekonferenz mit Experten anberaumt, wo über erste Untersuchungsergebnisse berichtet wird. Entweder hat der neue Presseschef im EMD einen heissen Draht ins Herz der SPS-Zentrale, oder Bodenmann ruht noch im Winterschlaf.

Weiche Asylpolitik?

Eine Arbeitsgruppe der Bundesratsparteien wolle den Kantonen in Asylfragen Beine machen, hiess es in der Presse. Das von Rolf Engler (CVP) geleitete Gremium habe vorgeschlagen: «Kantonen, welche die Befragung (von Asylbewerbern, Red.) nicht innerhalb von 20 Tagen durchführen, sind die Fürsorgeleistungen zu streichen.» Mutig, mutig. Nur kommt dieser Vorschlag so nicht von der Arbeitsgruppe. Das Gremium mit Trix Heberlein (FDP), Ernst Rüesch (FDP), André Daguet (SP), Walter Stöckli (SP), Ulrich Zimmerli (SVP), Hanspeter Seiler (SVP) und Rosmarie Simmen (CVP) hatte eine viel weichere Formulierung gewählt: «Es ist zu prüfen, ob jenen Kantonen, welche die Befragung nicht innerhalb von 20 Tagen durchführen, die Fürsorgeleistungen, welche über die 20-Tage-Frist hinausgehen, bis zur Durchführung der Befragung gestrichen werden sollen.» Daraus wurde erst durch Intervention einer bürgerlichen Parteileitung ein markiger Satz. Was notabene die Publikation des Papiers um rund eine Woche verzögerte.

Beweis erbracht

Die Autopartei hat bewiesen, wie man in der Schweiz Umweltschutz betreibt. Wie Lisette in Erfahrung brachte, hatte einen ganzen Morgen lang die gesamte Beamtenschaft den Atem angehalten, als die APS im Nationalrat den Teuerungsausgleich für das Bundespersonal abschaffen wollte. Man stelle sich vor, wieviel CO₂ deshalb nicht in die Luft gepustet wurde!

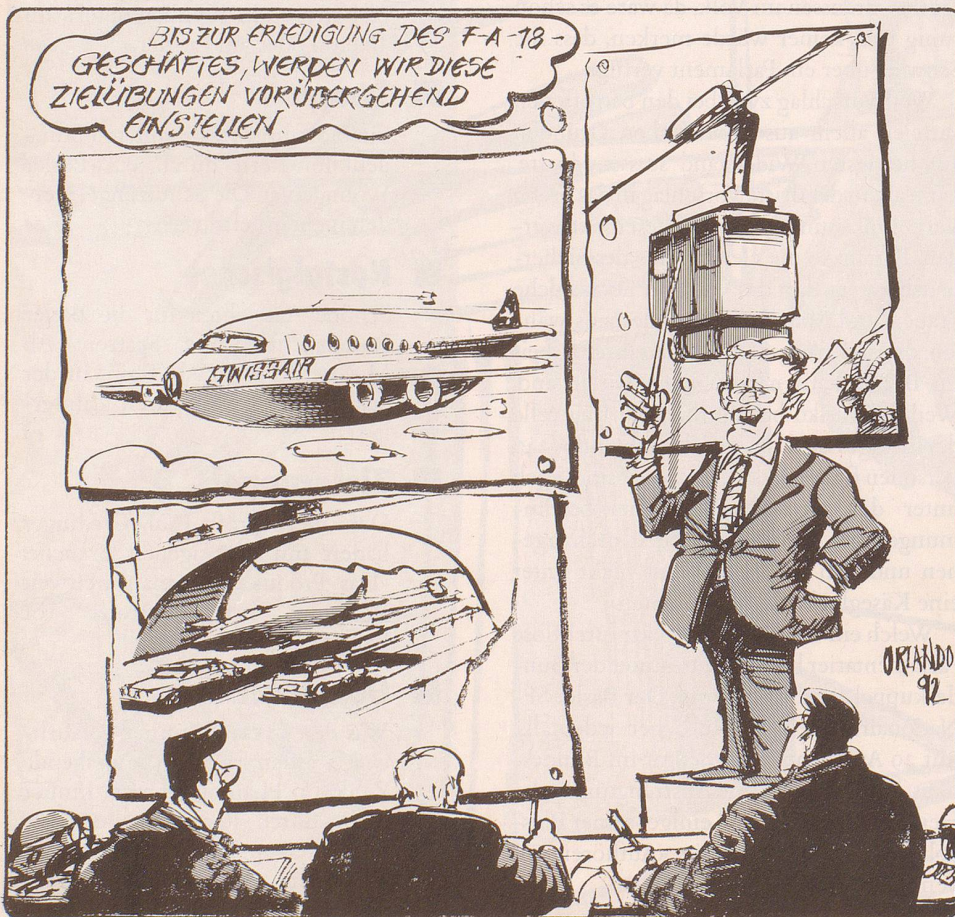
Lisette Chlämmerli

REKLAME

Warum

melden Sie sich nicht, falls Sie Lust haben, meinen Roman **Silvano Holzer** zu redigieren oder gar zu verlegen?

Paul Gmür
Albergo Brè Paese
6979 Brè s. Lugano
Tel. 091/51 47 61



Erste Massnahmen